



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 – 2019

---

*Plenarsitzungsdokument*

---

16.2.2015

B8-0173/2015

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 133 der Geschäftsordnung

zu der Möglichkeit, das Programm Erasmus+ durch europäisches  
Crowdfunding zu finanzieren

**Alessia Maria Mosca**

RE\1050592DE.doc

PE549.966v01-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

**Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Möglichkeit, das Programm Erasmus+ durch europäisches Crowdfunding zu finanzieren**

*Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf Artikel 133 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das Programm Erasmus seit 1987 mehr dazu beigetragen hat, dass die Europäer sich als Bürger der Union wahrnehmen, als alle anderen Programme, Reformen oder großen Gesetzesinitiativen zusammen, und mehr als drei Millionen Studierende dadurch die Möglichkeit hatten, in einem anderen europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten;
- B. in der Erwägung, dass mit Erasmus nicht nur ein Gefühl der Zugehörigkeit zur europäischen Familie vermittelt werden soll, sondern auch Fähigkeiten gefördert werden sollen, mit denen die Studierenden ihre Beschäftigungs- und Karriereaussichten verbessern können;
- C. unter Hinweis darauf, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsmacht ist, sondern auch ein Projekt, das gleichermaßen auf gemeinsamen Idealen und Werten beruht sowie auf der Integration von Kultur und Bildung;
  1. hält es für wünschenswert, dass eine eigene Haushaltslinie zur Förderung eines noch umfassenderen Erasmus-Programms eingeführt wird, an dem europäische Jungen und Mädchen unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Phasen der Ausbildung beteiligt sind;
  2. fordert, dass innovative Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden, etwa ein europäisches Crowdfunding-System, mit dem die europäischen Bürgerinnen und Bürger direkt die Projekte finanzieren können, die ihnen am Herzen liegen;
  3. fordert die Kommission auf, die Machbarkeit dieses Vorschlags zu prüfen und dabei auf den von Kommissionspräsident Juncker vorgelegten Investitionsplan zurückzugreifen und sich die zurzeit herrschende Aufbruchsstimmung zunutze zu machen.